

Vossische Zeitung



1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: 'Unterhaltungsblatt', 'Finanz- und Handelsblatt'. — Sonntag: Die illustrierte Beilage 'Zeitsbilder' und 'Literarische Umschau'. — Mittwoch: 'Reise und Wanderung'. — Donnerstag: 'Recht und Leben'.

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenspreise: mm-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernward, Verantw. Redakteur: Hans Hildebrandt, Carl Wirth, Berlin, Ullstein. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs (A7) 3088-3090 für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3088-3090. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 606.

Vorschläge der Reichsregierung

281 Millionen für die Landwirtschaft / 113 Millionen für die Rentner

Das Reichskabinett hat gestern in einer Sitzung, die nahezu ununterbrochen von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags dauerte, den Etat-Antrag festzulegen, der bis zum 31. März vom Reichstag durchgesehen werden soll, wenn ein Einverständnis aller Parteien zu erzielen ist. Am härtesten interessiert — da der Etat bekannt ist, das Arbeitslosengeld für ein Jahr fortzuführen keine Schwierigkeiten machen kann — der Reichstag, in dem sich die Hilfsmittel für die Landwirtschaft finanzieren auswirken sollten, und ebenso die Erhöhungen für die Invaliden und Rentner. Nach den Vorschlägen der Reichsregierung sollen zugunsten der Landwirtschaft in den Haushalts-Gesetz folgende Beträge eingestellt werden:

Table with 2 columns: Description of expenditure and Amount in millions of Reichsmarks (RM). Items include: Umfahrungenarbeiten (300), Schlachtereien und Fleischorganisation (30), Rentnerleistungen (30), Zentralstellenleistungen (30), and household expenses (1).

In diesen Zahlen ist folgendes zu bemerken: Neben dem Umfahrungenbudget ist im Hauptausgleich des Reichshaushalts bereits vorgezogen worden, ein Arbeitsvertrag der Regierung hat aber bisher noch nicht vorgelegen, die 300 Millionen müßten in den Haushalts-Gesetz eingestellt werden, sie fallen dann in den Rahmen von 30 Millionen Mark für Schlachtereien und Fleischorganisation fallen 10 Millionen Mark zurückzuführen, so daß nur 27 Millionen nur einmalige Ausgaben für die Landwirtschaft sich aus den getragenen Beschlägen des Reichshaushalts ergeben.

In diesen 71 Millionen erschloß sich aber die Pflanzung für die Landwirtschaft nicht, das Kabinett schloß die zentralen Beschäftigung des Reichshaushalts, es folgen dann in den Rahmen von 30 Millionen Mark für Schlachtereien und Fleischorganisation fallen 10 Millionen Mark zurückzuführen, so daß nur 27 Millionen nur einmalige Ausgaben für die Landwirtschaft sich aus den getragenen Beschlägen des Reichshaushalts ergeben.

Das britische Wirtschaftsreich

Das englische Kolonialministerium hat, der Kunde von einer Handelsreise durch die englischen Dominions zurückgekehrt, er erklärte heute Abend in einer Rede, daß England nur durch den weiteren Ausbau des Systems der Vorzugsabgabe gewinnen sich und seinen Kolonien seine Wohlstand vergrößern könne. England müsse die Verpflichtung aufgeben, das es wirtschaftlich von seinen Kolonien unabhängig bleiben könne. Nur die wirtschaftliche Einheit könne das gesamte Reich dem steigenden Lebensstandard seiner Bevölkerung erhalten.

Ehrhardt gegen 'Unbekannt'

Auf dem Parteitag der vormaligen Sozialdemokratie hat der Parteivorsitzende Ehrhardt, wie gemeldet, eine Rede von Reichsminister, die enge Beziehungen zwischen der Reichsregierung und dem Ehrhardt-System aufzuweisen. Rappin Ehrhardt hat nun, wie der 'Sozialdemokratische Volksfreund' meldet, durch Reichsminister Paul Bloch bei der Reichstags-Sitzung der Staatsminister in Berlin eine ganze Menge Unbekanntes hell werden, um aufzuklären, wie der Abgeordnete Sellmann in den Reich seiner Rede und in den Reich von Reichsminister anderer Vorkämpfer gekommen ist. In der Staatsregierung wird verlangt, daß die Untersuchungsbehörden die Beantwortung sollen, bis das Ministerium auf politische Stellen ergreift und sich damit eines Amtvergehens schuldig gemacht hätten.

Schließlich das Reichskabinett-Einkaufsgesetz schloß das Reichskabinett vor, die vorgesehene Summe um 15 Millionen zu erhöhen, die eine dauernde Belastung im Etat darstellen würden. Die weiteren Vorschläge der Reichsregierung lauten: Erhöhung der Invalidenrente 100 Millionen, Zulage für die Rentner 15 Millionen, Zulage für die Waisenpensionäre 3 Millionen.

Auflösung nächste Woche?

Bisher keine Verdingung über den Arbeitsplan / Gegenwortschläge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei / Zumulungen an die Opposition / Schemmell heute Not-Etat

Der Arbeitsplan des Reichskabinetts liegt nun vor. Es steht eine Aussicht, daß alle Parteien des Hauses sich bindend verpflichten, ihn einzunehmen und durchzuführen, so daß der Reichstag noch bis zum 31. März tagen könnte? Trotzdem gehen die Fraktionen der ehemaligen Regierungskoalition mehr und mehr in die Widerstände hinein, gelang haben, ist eine Entschloßung noch nicht möglich und auch nicht mit Gewißheit vorzusagen, wie sie lauten wird. Kein stimmungsmaßig aber werden die Zusätschen auf eine solche Veränderung von Etate zu Etate fortgeführt, und es gab gestern, als Ministerium sich näherte, im Reichstag nur 200 Oppositen, die hoffen, der Reichstag werde nicht spätestens Anfang nächster Woche in die Zwangslage verfallen, einen Not-Etat zu verabschieden, um die Auflösung zu ermöglichen.

Diese ungenügende Beurteilung der Aussichten für die Durchführung des Arbeitsplanes führt sich auf verschiedene Momente. Zunächst auf die Unmöglichkeit innerhalb der früheren Koalition. Zwar ist ausdrücklich festgehalten worden, daß das Reichskabinett in seinen Beschlüssen vornehmlich die dem Reichstag-Etat obliegt einig gewesen ist. Aber diese Einigkeit bildet die frühere Koalitionsparteien nicht.

Ein einzige Fraktion hat gestern in der zehnten Versammlung das Zentrum seine Zustimmung zu dem Arbeitsplan erklärt. Die Deutsche Volkspartei hat mehrere Bedenken geltend gemacht, vor allem gegen die Erhöhung der Invalidenrente in dem Ausmaß von 100 Millionen Mark. Sie hat auch Bedenken gegen eine dauernde Beschäftigung des Etats, für die über das Jahr 1928 hinaus eine Deckung nicht gegeben ist. Diese Einwände sind in der zweiten Besprechung, die die Parteiführer in der ersten Abendstunde mit den Mitgliedern des Kabinetts hatten, geltend gemacht worden. Es riefen sich in der pausfache gegen die Wünsche des Zentrums, das kaum gemeint sein wird, an seinen Forderungen Abträge zu machen.

Der zweite Widerspruch kam von den Deutschnationalen, denen die für die Reichsbudget ausgesetzten Beträge zu gering sind. Es verlangen, daß die Regierung sich nicht auf eine einmalige finanzielle Hilfsaktion für die Landwirtschaft beschränkt, und zweitens, daß die Gesamtsumme zumindest die gleiche Höhe erreicht wie die für die Invaliden und Rentner ausgesetzten Beträge. Die Deutschnationalen haben auch andere, über die Vorschläge der Regierung hinausgehende Wünsche geäußert, zu denen das Kabinett noch in der Nacht Stellung nehmen sollte. Auf die Forderungen der Reichstagsopposition, die Fraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, um näher noch einmal zusammenzutreten.

Schon an diesen einander widersprechenden Forderungen der bisherigen Koalition droht das Programm des Reichskabinetts zu scheitern. Mit dieser Möglichkeit hat es als das Reichskabinett auch geteilt. Um es eifriger bemühen sich die einzelnen Mitglieder des Kabinetts, vor allem der deutschnationale Reichsminister Dr. Brüning, der diesen für ein Mitglied von der Fraktion abzuschließen und auf die Oppositionsparteien zu schließen. Das ganze Verfahren des Reichskabinetts müßte gefahrlos abgemittelt. Zunächst muß die Fraktion aufrechterhalten wurde, als es noch eine Regierungskoalition und eine Opposition gäbe. Es

Darunter ergab sich eine dauernde Belastung des Etats mit einer Mehrausgabe von 133 Millionen Mark (einschließlich der 15 Millionen für die Kriegsgeldleistungen). Für den Etat 1928 würde sich diese Belastung allerdings um 25 Millionen verringern, da die Zulage für den Invalidenrenten erst vom 1. Juli 1928 gegeben werden sollen, was nur 75 Millionen Mark erfordert würde.

Insgesamt ergibt sich also aus den Vorschlägen der Regierung für den Haushalts-Gesetz eine Gesamtbelastung von rund 400 Millionen Mark, von denen 210 Millionen zurückzuführen sind, 71 Millionen einmalige Ausgaben für 1928 darstellen und 133 Millionen Mark dauernd belasten sollen. Nach den Erklärungen des Reichsfinanzministers hätte er als Deckung für 1928 156 Millionen zur Verfügung, die sich aus höheren Zinsen für die Zollentnahmen ergeben würden. Die Deckung in den folgenden Jahren würde der kommenden Regierung überlassen bleiben.

wurden zunächst nur die Vorgesetzten der früheren Koalitionsparteien empfangen, obwohl Abg. v. Gumbert darauf anmerkenswert machte, daß es doch eine Regierungsmehrheit nicht mehr gäbe, daß man vor der Opposition keine Mehrheit habe und schon deshalb mit den Oppositionsparteien gemeinsam verhandeln müßte, weil man doch auch deren Zustimmung zu dem Arbeitsplan haben wolle. Trotzdem schloß Herr Brüning auf gemeinsamen Einverständnis der Führer der Demokraten und Sozialdemokraten bei ihm erschienen, heute es der Reichsminister des Reichshaushalts sagt ab, die Oppositionsparteien mit dem wesentlichen Inhalt der vom Kabinett beschlossenen Vorlagen bekanntzumachen, und erst als Abg. Weiss erklärte, daß die ganze Besprechung dann seinen Zweck habe und besser abgebrochen werde, griff Reichsminister Brüning zu einem ein, und teilte den Oppositionsführern die Beschläge des Reichshaushalts mit.

In einer richtiger Würdigung dieses Verhaltens kommt man aber erst, wenn man erfährt, daß die Reichsregierung trotzdem von Demokraten und Sozialdemokraten von vornherein die verbindliche Verpflichtung fordert, keine der Vorlagen zu stellen, die den beschleunigten Maßnahmen der Verhandlungen im Reichstag überlassen sind. Mehrere Erklärungen darüber, was er darunter versteht, hat Reichsminister Brüning nicht gegeben. Reichsminister Dr. Brüning kommentierte dieses Verhalten so, daß die Opposition sich verpflichten müsse, keine Vorlagen zu stellen, die über die Vorlagen der Reichsregierung hinausgehen, weil dann die Gefahr bestehe, daß eine der früheren Koalitionsparteien aus mangelhafteren Gründen für die Annahme der Opposition stimme und damit das Programm der Reichsregierung über den Haufen werfe.

Die augenblickliche interparteiliche Situation ist merkwürdig genug. Da ist eine Mehrheitkoalition, die über das Schicksal auseinander getrennt ist, ohne daß die Regierung, die sich auf diese Koalition stützt, daraus die Konsequenzen gezogen hat. Nicht einmal der Vater des Reichshaushaltsgesetzes, Dr. v. Brüning, hat es für notwendig empfunden zurückzutreten.

Trotzdem es keine Mehrheit hinter sich hat, gebietet sich das Reichskabinett eine parlamentarische Regierung. Die Opposition, hierauf ließ die Reichsregierung bestehen, weil sie die interparteiliche Schwierigkeit durch eine Regierungskrise nicht noch steigern will. Sie ist damit erkrankt, daß dieses Kabinett, das eigentlich gar nicht mehr existieren dürfte, noch so lange regiert, bis der Etat bewilligt und die Steuern durchgeführt sind. Aber nun verlangt die Reichsregierung selbst das Kabinett eine eindeutige Verpflichtung, das Notarbeitsprogramm gutzuheißen, auf Arbeitsbeschäftigung zu verzichten, obwohl es kein der Arbeitsbeschäftigung, die sich auf diesen Punkt gestellt ist, obwohl sie sogar die Mittelteilung des genannten Inhalts der Vorlage zunächst verweigert werden ist. Die Opposition soll das (wie auf einen Beschluß setzen, den die früheren Koalitionsparteien ausgestellt haben und soll sogar die Garantie dafür übernehmen, daß keine der bisherigen Koalitionsparteien bei einer entscheidenden Abstimmung über eine Vorlage die von ihnen Abtritte gemacht worden ist, umfällt.